

15. FEB. 1969



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XV/68 - 15. Februar 1969

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31 - 33
Fernschreiber 0 808 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	Dr. Schröder und das Erbschaftengesetz von 1953 Von Dr. Walter Kenzel, MdB	36
1 a	Postigung des Bundes der Vertriebenen Nach der Wiederwahl seines Präsidiums	45
2	Der Bauernaufbruch in Frankreich Hintergrund: Soziale Notstände und Rechtsradikalismus Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer	50
3	Der Staat aus Moskau Ghrauschew reist durch Südostasien	48
4	Wenn sich der Schlagbaum öffnet... Vor einer wirtschaftspolitischen Offensive der Gene	51
5 - 6	Lateinamerika - eine werdende Föderation Von unserem Korrespondenten in Mexiko, Max Diamant	91

* * *
* *

Dr. Schröder und das Ermächtigungsgesetz von 1933

Von Dr. Walter Menzel, MdB

Das Bulletin der Bundesregierung vom 5. Februar 1960 veröffentlicht eine Stellungnahme Dr. Schröders zu den ersten Einwendungen gegen seinen Gesetzentwurf über den Ausnahmezustand. Was diesem Interview eine besondere Note gibt, ist die Tatsache, daß unser Verfassungsminister an zwei Stellen seine Forderung nach künftigen Ausnahmerechten der Bundesregierung mit der Ankündigung untermauert, falls man die Generalklausel des Gesetzentwurfes oder den Vorschlag, eine einfache Mehrheit des Parlaments könne den Notstand beschließen, nicht Folge leisten würde, man die Bundesregierung geradezu dazu verführen, "außergesetzlich zu handeln".

Was soll diese Methode, das Parlament unter den Druck zu setzen, entweder auf Forderungen der Regierung einzugehen, oder sich mit einem illegalen Handeln der Regierung abzufinden?

All das wird noch dadurch interessanter, daß Dr. Schröder in dem gleichen Interview mehrfach auf die Vorgänge um das Hitler'sche Ermächtigungsgesetz vom 24. März 1933 verweist. Diese Ideenverbindung ist nicht nur bemerkenswert, sondern auch gefährlich. Auch damals versuchte man das Ermächtigungsgesetz mit versteckten Drohungen durchzusetzen. Wie hieß es z.B. bei der Einbringung des Ermächtigungsgesetzes?

"Sie (die Reichsregierung) bietet den Parteien des Reichstages die Möglichkeit einer ruhigen deutschen Entwicklung und einer sich daraus in der Zukunft abahnenden Verständigung; sie ist aber ebenso entschlossen und bereit, die Bekundung der Ablehnung und damit die Ansage des Widerstandes entgegenzunehmen."

Heute weiss wohl jeder, was der damalige Sprecher damit meinte. Wer der Sprecher war, steht in dem Protokoll des Reichstages....

Das Interview Dr. Schröders ist aber noch in einem weiteren Punkte interessant: darin, was in ihm nicht gesagt wird. Der Innenminister geht nach wie vor über die Wünsche seiner eigenen Fraktion hinweg, alle mit etwaigen innen- oder äußeren Schwierigkeiten verbundenen Probleme interfraktionell zu besprechen. Er macht es hier wie sein Herr und Meister, er redet in der Öffentlichkeit von der Gemeinsamkeit bestimmter Aufgaben, fällt vorher alleine die Entscheidung und geht Besprechungen aus dem Weg.

Festigung des Bundes der Vertriebenen

ap - Die Wiederwahl besonnener Politiker zum Präsidium des Bundes der Vertriebenen ist ein Anzeichen für die Festigung dieser großen Organisation. War am Vorabend der Wahlausgang noch völlig ungewiß, so überraschte am Wahltag selbst die große Stimmenmehrheit, mit der das alte Präsidium wiedergewählt wurde. Die Bundesversammlung bestätigte damit die Politik des Präsidenten Krüger und der Vizepräsidenten Jaksch, Kocker, Gossing und Schellhaus, die seit knapp einem Jahr an der Spitze der Organisation stehen.

Am 1. April 1959 wurden die Landsmannschaften und der Bund Vertriebener Deutscher im Bund der Vertriebenen zusammengefaßt. Jahrelange Kämpfe der rivalisierenden Organisationen waren diesem Schritt vorausgegangen. Viele Stimmen gaben dem BdV nur eine kurze Lebensdauer, die Gegensätze schienen kaum überbrückbar. Aber der Präsident Krüger bewies eine glückliche Hand. Es gelang ihm nicht nur, alte Ressentiments zu beseitigen; er verstand es auch, die Öffentlichkeit für die Belange der Vertriebenen zu interessieren.

Nach den Worten Krügers gibt es "in Heimatfragen kein Nachgeben". Diesen Standpunkt vertreten die Vertriebenen aber nicht nur in ihrem eigenen Interesse, sondern im Interesse Gesamtdeutschlands. Die Vertriebenen bedauern, daß von den zuständigen Ministerien vor allem im Ausland in dieser Hinsicht eine völlig ungenügende public-relations-Arbeit geleistet wird. Das alles spricht für die wirklichkeitsnahe Arbeit des alten und neuen Präsidenten. Er hat die Bestrebungen der einzelnen Verbände auf einen Nenner gebracht.

Hierfür spricht auch die vorgenommene Satzungsänderung, das Präsidium auf ein Jahr zu wählen und nicht, wie vorgeschlagen, auf zwei Jahre. In dieser Maßnahme ist nicht etwa ein Mißtrauen gegenüber dem Präsidium zu erblicken. Es ist vielmehr der Ausdruck des Wunsches nach Unabhängigkeit und Überparteilichkeit.

Seine Hauptaugenmerk richtet der BdV - neben der so wichtigen Öffentlichkeitsarbeit - auf Eingliederungsfragen. Hierbei geht es in erster Linie um die ernste Lage der heimatvertriebenen Bauern. In enger Zusammenarbeit mit dem Bauernverband hat der BdV bei dem Fünfjahresplan für die Siedlung seinen Einfluß geltend gemacht und entscheidend bei der künftigen Wohnungsbaugesetzgebung mitgewirkt. Das Fremdretenneuregelungs-Gesetz ist maßgebend vom BdV beeinflusst worden. In Aussicht stehen weitere Bemühungen um Verbesserungen des Lastenausgleichs, die Vorfinanzierung des Lastenausgleichs, die Altersversorgung ehemals Selbständiger, insbesondere der Bauern und die Novelle zum Art. 131 GG.

Der BdV will nicht "gen Ostland reiten", er will Recht und Gerechtigkeit für alle. Der Präsident schloß seinen Jahresbericht mit den Worten: "Unsere Arbeit hat nur ein Ziel, nämlich unsere Heimatvertriebenen und Flüchtlinge in der Eingliederung zu unterstützen und durch die Einheit im außenpolitischen Raum die Voraussetzungen für einen gerechten und dauerhaften Frieden zu schaffen".

Der Bauernaufbruch in Frankreich

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Schauer

Zum ersten Mal seit dem Januaraufstand in Algerien haben die französischen Rechtsradikalen in der vergangenen Woche mit Erfolg versucht, wirtschaftliches Elend für ihre politischen Zwecke auszunützen und schwere Zusammenstöße zu provozieren. 30 000 Bauern aus mehreren französischen Departements veranstalteten in der nordfranzösischen Stadt Amiens eine legale Kundgebung zur Durchsetzung ihrer wirtschaftlichen Forderungen, als einige tausend rechteradikale Aktivisten mit Hochrufen auf General Massu und Französisch-Algerien und Todesdrohungen gegen den Regierungschef den Ordnungsdienst mit Steinen bewarfen. Die Polizei ging mit Tränengas vor, und nach mehrstündiger Straßenschlacht waren über 150 Personen verletzt. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen.

Das französische Bauernelend ist nicht neu. Man erinnert sich, daß Premierminister Debré im Januar, gerade als der Algier-Aufstand losbrach, einige Tage in der Bretagne weilte, um die gärende Unruhe zu besänftigen. Die Bauern stellten dann während des faschistischen Aufbruchs ihre Forderungen zurück. Jetzt rühren sie sich aber mit verstärktem Nachdruck und erklären, daß sie 26,5 Prozent der französischen Bevölkerung ausmachen, aber nur 10,5 Prozent des Nationaleinkommens beziehen.

Hier knüpfen die Rechtsradikalen an, vor allem der jetzt verhaftete alte Bauernführer Henri Dorgères, Vicomte d'Halluin. Dorgères ist eine eigentümliche Erscheinung. Schon nach dem ersten Weltkrieg gründete er eine rechteradikale Bauernbewegung in Nord- und Westfrankreich. 1932 wurde er wegen öffentlicher Gewalttätigkeit zu acht Monaten Gefängnis verurteilt. Am Vorabend des zweiten Weltkrieges behauptete er, mit seinen militärisch organisierten "Grünhemden" 400 000 Anhänger zu haben. Während der deutschen Besetzung stand er treu hinter Pétain, den er einen "Bauernmarschall" nannte. Seit 1954 arbeitet mit Foujade und wurde 1956 in die Nationalversammlung gewählt, verlor aber sein Mandat mit dem Niedergang der poujadistischen Welle. Im Dezember 1959 war er mit dem jetzt gleichfalls verhafteten Georges Sauge im Bunde, dem Organisator der sogenannten "Bürgerausschüsse", die im nächsten Monat den Chruschtschow-Besuch in Frankreich systematisch stören wollen. - Dorgères hat sich jetzt wegen Anstiftung der gewalttätigen Demonstration in Amiens zu verantworten, scheint aber auch in dem Januaraufbruch verwickelt zu sein.

Es wäre falsch, den Bauernaufbruch einfach als politische Macho abtun zu wollen. Das soziale Problem ist unbestreitbar und fordert Lösung. Wenn man nicht rasch soziale Maßnahmen durchführt, werden die Bauern und vielleicht auch andere Bevölkerungsschichten zu Opfern der faschistischen Demagogie werden, die sich zur Erreichung ihres Zieles hier der sozialen Not bedient, wie sie in Algerien die patriotische Trommel rührt. Der gegenwärtig spurlos verschwundene Chef und "Theoretiker" der "Volksbewegung des 13. Mai", der sich selbst stolz als "Reaktionär" bezeichnet, erklärte kurz vor dem Januaraufstand: "Ein reaktionärer Strom geht gegenwärtig durch die französische Bauernschaft und durch Algerien". Der Bauernaufbruch ist ein wichtiges Element des rechteradikalen Komplotts.

Der Gast aus Moskau

LD - Es ist nicht nur die mittlerweile bei den Grossen dieser Welt üblich gewordene Besuchsroutine vor den Gesprächen auf höchster Ebene, die den sowjetischen Premier Nikita Chruschtschow zu seiner Reise durch Südostasien veranlasst hat, vielmehr dürfte das Interesse Moskaus grosse sein, die Vorstellungen der entscheidenden Länder des sogenannten neutralen Blocks - Indien und Indonesien - genau zu kennen. Vor allem aber, und hier ist das Entscheidende zu suchen, die politischen, zum Teil schon militärischen Auseinandersetzungen zwischen der zweiten Vormacht des Kommunismus, der Volksrepublik China, und anderen grossen Staaten Asiens haben Nikita Chruschtschow beunruhigt.

Die Russen wissen, dass die chinesischen Aktionen in Tibet und später im indischen Grenzland Misstrauen und Furcht bei den asiatischen Menschen hervorgerufen haben, die bislang immer mit erwartungsvollen Augen auf das Wunder auf dem chinesischen Festland geblickt haben. Darum ist es verständlich, wenn der sowjetische Premier hier in diesen Mißlichkeiten seine "guten Dienste" anbieten kann. Zum anderen erscheint ihm wahrscheinlich als sehr nützlich, den Rissaten einmal zu zeigen, daß nicht China, sondern Russland das erste Land gewesen ist, das mit dem Aufbau des Kommunismus, mit der Entwicklung einer modernen Industrie und Wirtschaft aus dem Nichts begonnen hat.

Wie vielseitig die Absichten seines Besuchs gewesen sind, das zeigen die Aussprüche des sowjetischen Premiers zu den verschiedensten Problemen. Es bleibt abzuwarten, welche Nachwirkungen der Aufenthalt haben wird. Mag auch zur Zeit die Sowjetunion als sehr uninteressiert an den Dingen des indisch-pazifischen Ozeans erscheinen, in Wirklichkeit beobachten die Russen mit Argusaugen jeden Schritt, der sich dort vollzieht, denn nachwievor gilt ihnen dieses Gebiet als eine höchst verwundbare Achillesverse, der trotz Raketen und Erdsatelliten mehr als nur Aufmerksamkeit zukommt.

Und genau an dieser Stelle können und werden auch die sichtbaren Beweggründe für die derzeitige gespannte Beziehung zwischen Moskau und Peking zu finden sein. Man weiß, daß die Russen und Chinesen bitterste Vorwürfe ob ihrer Aktionen an der Grenze gemacht haben. Man weiß aber auch, wie wenig die Chinesen auf das Wort Chruschtschows gehört haben, als dieser den Führern Chinas empfahl, in der Frage Formosas etwas konsilianter aufzutreten. Aber Peking hatte seinerzeit weitergeschossen und sich keineswegs um den "älteren Bruder" gekümmert. Man geht darum nicht fehl in der Annahme, daß Nikita Chruschtschow sich hat umhören und informieren wollen.

Das großzügige Anleihegeschenk Moskaus für Indien ist ein weiterer Beweis, daß die Sowjets entschlossen sind, ihre Stellung als "ehrliche Makler" im Konflikt zwischen Peking und Neu-Delhi zu wahren. Noch mehr aber wird dies in Indonesien der Fall sein, wo Staatspräsident Sukarno den russischen Gast als willkommenen Gelegenheit benutzte, seine Unabhängigkeit gegenüber Peking zu demonstrieren.

Es hat nicht den Anschein, als sei Chruschtschow mit dieser Rolle unzufrieden.

Wenn sich der Schlagbaum öffnet ...

mu - Kiel

An den Schlagbäumen am Lübecker Stadtrand geben sich die Schaulustigen seit Tagen ein Stelldichlein. Dort sollen nämlich am 20. März zwei Schlagbäume in die Höhe gehen. Ostzonale Baukolonnen begannen vor etwa 14 Tagen damit, die Reichsbahnstrecke bis an den Lübecker Vorort Herrnburg heran wieder über den Todesstreifen hinwegzuführen und das demontierte Gleis auf seine Schwellen zu schrauben. Straßenarbeiter wurden eingesetzt, um die alte Reichsstraße 105 wieder bis an den Schlutuper Schlagbaum am Lübecker Stadtrand zu reparieren, wo der Gedenkstein "Slut up" auf einem Platz steht, von dem aus oft beschwörende Reden zur Wiederherstellung der deutschen Einheit gehalten wurden.

Nun kommt es vor, daß sich die ostzonalen Arbeiter und sogar die Grenzposten der Volkspolizei gesprächsbereit und möglichst unpolitisch mit den Leuten aus Lübeck unterhalten, welche die Bauarbeiten betrachten. Man tauscht Zeitungen aus und Familienmitglieder kommen miteinander ins Gespräch. In den nächsten Tagen wird man wohl auch erleben, daß die Schaulustigen von früher nach Lübeck hinüberblicken, wo die Bahn und die Straße gleichfalls in Stand gesetzt werden sollen. Dann würde der achte Verkehrsübergang zwischen den beiden Hälften des gespaltenen Deutschland wiederhergestellt sein, der einmal auf Befehl von Pankow zugunsten des Laurentzburger Übergangs gesperrt wurde.

Politisch wird die Öffnung des so hart am Lübecker Stadtrand liegenden Zonenübergangs uneingeschränkt zu begrüßen sein. Was jedoch verkehrs-, wirtschafts- und handelspolitisch dahintersteckt, ist nichts anderes als eine klare Offensive der Sowjetzone. Die dann freigegebene Eisenbahnstrecke schafft eine Verbindung über die Häfen Wismar, Rostock und Stralsund zur Insel Rügen bis nach Saßnitz, wo die Eisenbahnfähre aus den schwedischen Frälleborg festmacht. Auch die alte Reichsstraße 105 stellt diese Verbindung zu Lübeck und damit Nord-West-Europa wieder her und knüpft außerdem auch an die Dänemark-Fähre von Warnemünde nach Gjedser wie die Bahnstrecke an.

Die ostzonalen Behörden möchten also die neue Verkehrsader am Ostseerand als Transitweg von Skandinavien nach Nord-West-Europa benutzen. Sie stützen sich dabei auf zwei Fährreuten und die beiden erheblich ausgebauten Häfen Rostock und Wismar. Diese beiden Häfen aber stellen eine scharfe Konkurrenz zu den Ostsee- und Noraschäfen der Bundesrepublik dar. Die beiden Fährlinien nach Dänemark und Schweden hinüber konkurrieren scharf mit der schleswig-holsteinischen Linie von Großbrode nach Gjedser (Dänemark) oder Travemünde nach Frälleborg (Schweden). Die Öffnung des Zonenüberganges bei Lübeck wird sicher auch für Lübeck einen Gewinn bedeuten und sollte auch aus dieser Perspektive begrüßt werden. Daneben aber sollte man sehen, daß die Ostzone zum ersten Mal handels- und verkehrspolitisch so offensiv geworden ist, daß sie die Öffnung eines Zonengrenzüberganges wünscht, um in eine Konkurrenz mit den nordwestdeutschen Küstengebieten der Bundesrepublik zu treten.

Vor allem in Schweden, aber auch wohl in Kopenhagen geführte Gespräche und Tarifvergünstigungen für Skandinavien können dieser neuen Ostseeküsten-Transitrollebau weiteren Auftrieb verleihen. Die Bundesrepublik wird sich darauf einstellen müssen, daß sie sich in der Zukunft immer stärker einer ostzonalen Konkurrenz im Bereich der Wirtschafts- und Verkehrspolitik gegenübersehen.

Lateinamerika - eine werdende Föderation

Von unserem Korrespondenten in Mexiko, Max Diamant

Die Rundreise des mexikanischen Staatspräsidenten durch die führenden südamerikanischen Länder war für ganz Lateinamerika der Beginn einer gemeinsamen geistigen und politischen Bilanzaufnahme. Bei dieser Gelegenheit hat sich erwiesen, dass jedenfalls in den wirtschaftlich und staatlich entwickeltesten Ländern Lateinamerikas heute die Bedingungen dafür reif geworden sind, den ersten entscheidenden Schritt zu tun, der über die bisherigen rhetorischen Deklarationen hinausführt. Aus den gemeinsamen Werten, Schwierigkeiten und Bedürfnissen sind in Lateinamerika die Erkenntnisse der gemeinsamen Möglichkeiten herausgewachsen. Da es sich um einen Entwicklungskontinent handelt, ist ohnehin hier der Zwang zur Koordinierung der Kräfte und der konstruktiven Bemühungen mit jedem weiteren Schritt des Wachstums immer fühlbarer. Wahrscheinlich hat aber auch der zunehmende Druck aus der Außenwelt einen ersten Beitrag geleistet. Denn in Lateinamerika sieht man nicht nur klar die Notwendigkeit, den wachsenden neuen Gefahren durch ein Zusammenwirken besser begegnen zu können. Darüber sieht man es geradezu für elementar an, dass Lateinamerikas historische Chance damit steht oder fällt, dass es sich seinerseits dem Zug unserer heutigen Welt zu organisierten Grosswirtschaftsräumen anschliesst.

Alte Herrschaftsformen überholt

Das erste sichtbare Resultat der mexikanischen Initiative in Lateinamerika ist eine eklatante Vereinheitlichung der Kriterien, die zum ersten Mal in der Geschichte dieses Kontinents nicht nur die denkenden und aktiven Elemente der Völker, sondern auch die meisten Regierungen zu einer gemeinsamen Haltung veranlasst. Die Ideen und Ideale der grossen Vorkämpfer eines einheitlichen Lateinamerikas, der Simon Bolivar, San Martin und José Martí, die für ihre Völker sofort nach der Befreiung aus der kolonialen Unterdrückung den kürzesten und direktesten Weg zu einem gemeinsamen Aufstieg in aller Freiheit erstrebt hatten, haben jetzt in den meisten lateinamerikanischen Ländern einen neuen Widerhall und einen lebendigen Inhalt bekommen. Nach der unaufhaltsamen Zersetzung der alten feudalen und halbfeudalen Verhältnisse und Herrschaftsformen, die in verschiedensten Arten überall in Gang gekommen ist, und nachdem in den letzten Jahren in mehreren Wellen fast alle überkommenen lateinamerikanischen Diktaturen beseitigt wurden, sind auch jetzt breitere Voraussetzungen entstanden, die traditionelle Stagnierung in Lateinamerika zu überwinden, aus der noch nachwirkenden bisherigen Abgeschlossenheit und eifrig behüteten Isolierung hervorzutreten und in wesentlichen Fragen eine gemeinsame Sprache zu finden.

Männer mit gleichen Ideen

Die heute führenden lateinamerikanischen Staatsmänner haben ohnehin in ihrem Entwicklungsweg viele Gemeinsamkeiten: es sind dies ein Lopez Mateos als Repräsentant der siegreichen nationalrevolutionären Bewegung Mexikos, ein Rómulo Betancourt als erfolgreicher und

ausgeglichener demokratischer Partei - und Volksführer Venezuelas, der im Kampf gegen die wohl brutalste und "solideste" lateinamerikanische Diktatur siegte; der argentinische Präsident Frondizi, der von einer radikal-demokratischen Volksbewegung emporgetragen wurde und seitdem mit dem peronistischen Erbe der sozialen Demagogie und der nationalistischen Überheblichkeit sich auseinandersetzen muss; ein Kubitschek, der die explosiven sozialökonomischen Wachstumsschwierigkeiten Brasiliens sowohl mit den weiterhin labilen politischen Faktoren im eigenen Land, aber auch mit den wahrhaftig grandiosen Zukunftsplänen in einem dauernden Ringen abstimmen muss; ein Camargo Ilerga, der an der Spitze seiner Liberalen Partei Kolumbiens durch ein gemeinsames Abkommen mit der Gegenpartei der Konservativen, dem Land zuerst eine rasche Beseitigung der Diktatur, dann eine längere Periode der politischen Stabilität und schliesslich das Ende des jahrzehntelangen politischen Mordens und Guerillakrieges erreicht hat.

Erste Vereinbarungen

Diese Männer und diese Bewegungen, die sie repräsentieren, sind heute tatsächlich der politische Rückhalt und gleichzeitig das maximal mögliche Verantwortungsbewusstsein Lateinamerikas. Ihr Zusammenwirken schafft die Basis dafür, dass unmittelbar grosse gemeinsame Aufgaben wirtschaftlicher, handelspolitischer und kultureller Art in Lateinamerika in Angriff genommen werden können. Die Allamerikanische Finanzbank für Entwicklungsprojekte, die vor zwei Jahren noch als ein schöner Traum und selbst vor einem Jahr noch, als ein frommer Zukunftswunsch erschien, hat zu Jahresbeginn mit einem Grundkapital von tausend Millionen Dollar zu funktionieren begonnen. In Montevideo ist jetzt das erste Abkommen für einen Gemeinsamen Markt in Lateinamerika unterzeichnet worden, an dem sich acht südamerikanische Länder und zugleich Mexiko beteiligen - wodurch dieses erste Abkommen in der Perspektive sofort die Basis für einen umfassenden lateinamerikanischen Gemeinsamen Markt legt. In politischer Hinsicht bedeutet das, dass nunmehr ein gemeinsamer Beitrag in Angriff genommen wird, für die politische Stabilität in Lateinamerika zu sorgen, da sie eine wesentliche Voraussetzung jeder sozialökonomischen Aufbauarbeit ist. Unter den Bedingungen dieses neuen lateinamerikanischen "Klimas" ist das baldige Verschwinden der letzten drei Diktaturen alten Typs in Santo Domingo, Nicaragua und Paraguay aller Voraussicht nach eine Frage von kurzer Frist. Das koordinierte Gewicht der wirtschaftlich und politisch entwickeltsten lateinamerikanischen Länder - Argentiniens, Brasiliens, Chiles, Kolumbiens, Mexikos, Perus, Uruguays und Venezuelas - bestimmt heute den Weg zu einer werdenden Föderation, den Lateinamerika heute einschlägt. Auch Fidel Castro wird sich an diese lateinamerikanische Realität anpassen müssen. Es sei denn, er gehe unter dem Druck seiner kommunistischen Bundesgenossen konsequent den Weg in die eigene Isolierung und damit auch wahrscheinlich in das Chaos und letztlich im "herodischen Untergang" zu Ende.

+ + +